



Hartz IV: Flüchtlinge sind besonders gefährdet

Dietrich Lohse

Hartz IV – der Höhepunkt der Agenda 2010 – ist ein Verarmungsgesetz. Mit der Beseitigung der Arbeitslosenhilfe (AIHi) werden etwa 500.000 Menschen, die bisher diese Lohnersatzleistung erhalten haben, ab Januar 2005 gänzlich leer ausgehen und das etwa auf dem jetzigen Sozialhilfeniveau liegende Arbeitslosengeld (ALG) II nicht erhalten. Besonders benachteiligt sind alleinerziehende Frauen – und Kinder: Eine dramatische Zunahme der Kinderarmut steht ins Haus. Ein großer Teil der so betroffenen Menschen sind Einwanderer, viele von ihnen Flüchtlinge.

Der Protest gegen Agenda 2010 und Hartz IV wurde und wird auch in Kiel auf die Straßen getragen. Nicht nur, aber auch montags. Das Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub hat sich von Beginn an darum bemüht, Migrantinnen und Migranten in diese Proteste einzubinden. Die Demonstration dieses Zusammenhalts ist notwendig, weil die verschärfte Benachteiligung eines bedeutenden Teil der zugewanderten Bevölkerung unseres Landes unter anderem Wasser auf die Mühlen der (neo-)faschistischen Organisationen und ihrer Demagogie ist, denen die so Betroffenen als Opfer geradezu angeboten werden.

Hartz IV – das ist das neue Sozialgesetzbuch (SGB) II. Leistungen nach diesem Gesetz – das gilt für Geldzahlungen ebenso wie für Eingliederungshilfen – bleiben allen Menschen versagt, die von den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes erfasst werden. Wer also als Flüchtling das Glück hatte, nach einem Jahr Arbeitsverbot eine eingeschränkte Arbeitserlaubnis zu erhalten, Arbeit zu finden und zwölf Monate lang zu behalten, fällt nun nach einem Arbeitsplatzverlust und Auslaufen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (künftig ALG I) sofort auf ein um mehr als 30 Prozent tieferes Leistungsniveau als andere Erwerbslose und wird eventuell sogar mit Sachleistungen abgespeist. Der Zugang zur Aufenthaltserlaubnis wird erschwert.

Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsbefugnis nach der „Altfallregelung“ und uneingeschränktem Arbeitsmarktzugang fallen in Zukunft ebenfalls unter das AsylLG und erhalten kein ALG II.

Claudia Langholz hat auf einer der ersten Kieler Montagsdemonstrationen zu Recht darauf hingewiesen, dass auf diese Weise viele Menschen, die sich mit Mühe einen



TeilnehmerInnen des von der DIDF – der Föderation demokratischer Arbeitervereine – im Sommer dieses Jahres in Falkenstein organisierten Jugendcamps.

Platz in der Gesellschaft erarbeitet haben, aus ihrem ganzen sozialen Gefüge herausgerissen werden. Außerdem bleiben vom SGB II aufenthaltsrechtliche Bestimmungen unberührt (§ 7), so dass sogar für „sonstige Ausländer“, die nicht vom AsylLG betroffen sind und denen „die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt ist oder erlaubt werden könnte“ (§ 8), gilt, „dass der Bezug von SGB-II-Leistungen zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen führen kann“ (Brühl/Hoffmann, Erläuterungen zum SGB II. Ffm, Aug. 2004).

Hartz IV und das neue Zuwanderungsgesetz, die zeitgleich am 1. Januar 2005 in Kraft treten sollen, sind noch nicht passgenau aufeinander abgestimmt. Ein „Reparaturgesetz“ ist in Arbeit – es drohen weitere Verschlechterungen. Daneben liegen die Entwürfe zu Beschäftigungsverordnungen vor, die Einzelheiten in der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes regeln sollen.

Die Beschäftigungsverordnung-Inland regelt unter anderem den Arbeitsmarktzugang für geduldete Flüchtlinge, also Menschen, die man (zeitweilig) nicht abschieben kann, auch wenn man ihnen eigentlich das Recht zum Aufenthalt in Deutschland abspricht. Für sie ist eine eigenständige Existenzsicherung in der Regel nicht möglich, und eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben sie nur, wenn sich kein/e Deutsche/r oder EU-Bürger/in dafür finden lässt. Die Verordnung will an diesem Zustand nichts ändern. Innenminister Otto Schily aber wohl:

Er will die Diskriminierung verschärfen, indem Geduldete mit einem dauerhaften vollständigen Arbeitsverbot belegt werden, und stoppte die Verabschiedung der Verordnung.

Die berechtigte Angst und die Empörung vieler Menschen angesichts des sozialen Kahlschlags, der von allen Regierungsparteien betrieben wird, fördert Entsolidarisierung und verschafft auch faschistischen Demagogen Zulauf. Weit entfernt davon, sich mit der durch die Arbeitsmarkt-„Reform“ betriebenen weiteren Diskriminierung von Flüchtlingen und MigrantInnen zufrieden zu geben, steigern sie ihre Hetze, die auf die vollständige Entrechtung der Einwanderer, die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage und ihre Vertreibung zielt. In Dresden setzen Gerichte und Polizisten gewaltsam durch, dass die dafür sogar auf den Montagsdemonstrationen werben dürfen. Die Bedrohung an Leib und Leben für alle „Ausländer“ wächst. Auch dafür sind Schily, Clement und Schröder mitverantwortlich. Für uns ist die Organisierung tätiger Solidarität mit den Ausgegrenzten und Bedrohten Tagesaufgabe.

*Informationen
zum Kieler Bündnis
gegen Sozialabbau und Lohnraub
unter Tel. 0431-738351.*

Dietrich Lohse ist Gewerkschafter und aktiv im Kieler Forum gegen Sozialabbau und Lohnraub.